

Appell an die deutsche Politik

von Judith Bernstein¹

Nach einer Informationstour durch Jerusalem und Ramallah haben meine Beobachtungen an den Checkpoints und bei Verhandlungen vor einem israelischen Militärgericht gegen junge Palästinenser sowie meine Besuche bei Demonstrationen in den Jerusalemer Stadtteilen Silwan und Sheikh Jarrach alte Befürchtungen übertroffen. Wenn ich nicht schon vorher an der Etablierung eines künftigen Staates Palästina mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem gezweifelt hätte, so haben sie sich durch die aktuellen Eindrücke endgültig bestätigt.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Zorn und die Frustration unter den Palästinensern mit aller Heftigkeit explodieren werden. Alle Appelle von Präsident Machmud Abbas und Ministerpräsident Salam Fayyad an ihre Landsleute zur Gewaltlosigkeit werden neue Entladungen mit zahllosen Opfern nicht verhindern können. Wer den Checkpoint Qalandia in Richtung Ramallah passiert, liest auf einem großen Spruchband in hebräischen Lettern die politische Losung „Judäa und Samaria“. Auch in der arabischen Version ist die Westbank mit den biblischen Begriffen ausgewiesen.



Dringender denn je stellt sich die Frage, warum die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung zögern, auf die israelische Politik

¹ Der Beitrag ist erschienen in der „Jüdischen Zeitung“ September 2010, S. 4.

einzuwirken. Denn diese Lesart hintertreibt eine Zweistaatenlösung, und der notorische israelische Grundsatz von den „disputed territories“ kann nicht hingenommen werden.

Die beigefügten Fotos verdeutlichen die Absurdität, dass die Schikanen der Sicherheit Israels dienen sollen.



Als Kollektivstrafe werden die Palästinenser in langen Schlangen nicht nur in Qalandia festgehalten. Auch das endlose Warten auf Krankenwagen und die willkürliche Kassierung von Reisegenehmigungen für die Strecke zwischen Bethlehem und Ramallah haben mit Sicherheitsbedenken nichts zu tun. Junge Palästinenser werden wegen geringer Vergehen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, während bei Übergriffen israelischer Polizisten und Soldaten eine unabhängige Untersuchung ausbleibt. Nach ihrer Entlassung dürfte der Weg der palästinensischen Gefängnisinsassen in den Terrorismus vorgezeichnet sein. Wir selbst, meine politischen Freundinnen und ich, wurden in Qalandia festgehalten, weil wir fotografierten. Wollen die israelischen Behörden verhindern, dass die politische Wahrheit das Licht der Welt erblickt? Jede Woche fahren die Frauen von „Machsom Watch“ an die Checkpoints, doch nach zehn Jahren gestehen sie ein, dass sie wenig oder gar nichts erreicht haben: Die Schikanen gehen weiter.

Appell an die deutsche Politik

Die deutsche Nahostpolitik darf zu all dem nicht länger schweigen und sollte stärker nicht nur die Regierenden in Jerusalem im Auge haben, sondern offiziell und öffentlich auch den Dialog mit der politischen Opposition und mit allen Kräften der israelischen und der palästinensischen Zivilgesellschaft suchen. Mit seiner Bemerkung „Es ist fünf vor 12“ für Israel hat Bundesminister Dirk Niebel Anfang Juni Recht gehabt. Ich würde noch einen Schritt weitergehen: Es ist fünf nach 12. Denn bei Fortsetzung der jetzigen Siedlungspolitik verhindert Israel nicht nur einen palästinensischen Staat, sondern auch die einzige Lösung für Israel selbst, wenn es als Nationalstaat mit jüdischer Mehrheit überleben will. Was bleibt also? Sollen die nationalen Ansprüche beide Völker untergehen? Wenn die Bundesregierung es wirklich ernst meint mit „den besonderen Beziehungen“, sollte sie Israel vor dem Sturz in den Abgrund bewahren. Denn es gibt keinen Zweifel mehr daran, dass ein auf Dauer angelegte Staat Israel von einem souveränen und demokratischen Staat Palästina an seiner Seite und vom Frieden mit den arabischen Nachbarstaaten abhängt.

Die Befürchtung, dass zu großer auswärtiger Druck Israel das Gefühl vermitteln, die ganze Welt sei gegen sie gerichtet („das Volk, das allein wohnt“, Num. 23,9) ist unbegründet. Denn diese Behauptung trägt Israel schon lange vor sich her – und handelt dennoch gegen alle Regeln seines nationalen Interesses und des internationalen Rechts. Ich frage die politisch Verantwortlichen in unserem Lande: Wie lange will die Weltgemeinschaft dieses selbstzerstörerische Tun tolerieren? Wenn die Europäer die Regierung in Jerusalem weiter gewähren lassen, wird diese keine Veranlassung sehen, sich der Notwendigkeit zu einer grundlegenden Umkehr zu stellen.

Entschiedene Einwirkung von außen ist also gefordert. Schließlich liegt der Frieden auch im deutschen Interesse. Die Stimmung gegenüber Israel

und mittlerweile gegenüber den Juden in der Bundesrepublik ist in teilweise höchst aggressive Tonlagen umgeschlagen. Wie soll sich das friedliche Zusammenleben von Moslems, Juden und Christen hierzulande entwickeln, während gleichzeitig der Jahrhundertkonflikt im Nahen Osten für Millionen Moslems in aller Welt heftige Solidarisierungsemotionen freisetzt? Auch deshalb darf Europa nicht auf die USA warten, sondern muss selbst die Initiative ergreifen, um sich nicht länger von Israel vorführen zu lassen.
